

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Abonnement: Durch unsere Boten  
in die Gasse monatlich 12.00 Mark.  
Bestellungen nehmen die Postämter  
und für auswärtige die Postanstalten  
an. — Erhältlich wöchentlich.  
Sprech- und Anschlag Nr. 53.  
Telegramme: Tageblatt Auergebirge.

Abonnement: Die Lebenshaltung  
Beitrag für Anzeigen aus Aue und  
Umgebung 2.00 Mark, auswärts  
Anzeigen 2.50 Mark, Restante-Beitrag  
2.00 Mark. Bei größeren Ab-  
nahmen entsprechende Rabatte.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 71

Freitag, den 24. März 1922

17. Jahrgang

### Das Wichtigste vom Tage.

Die Reichsregierung hat beschlossen, zunächst einige Nachfragen nach Paris zu richten, um nähere Aufklärungen über einzelne Punkte der Reparationsnote zu bekommen.

Der Reichstag hat gestern den Gesetzentwurf über Erhöhung einzelner Verbrauchssteuern in zweiter Lesung angenommen. Der Gesetzentwurf umfaßt die Deuchtmittel- und Zündwarensteuer, die Bier- und Mineralwassersteuer und die Tabaksteuer.

Wie aus Moskau berichtet wird, hat der Arbeiterrat den Plan einer deutschen Industrieausstellung in Moskau genehmigt. Die Ausstellung wird am 1. oder 15. Juli eröffnet werden.

Im amerikanischen Senat wurden sensationelle Enthüllungen über ein englisch-amerikanisches Geheimabkommen gemacht. Die Ratifikation des Biermachtevertrages würde dadurch gefährdet.

### System Poincaré.

Von Oberbürgermeister Dr. Aul, M. d. R.

Das Ziel Frankreichs ist die politische Vertichtung Deutschlands. Nachdem in Versailles dieses Ziel nicht erreicht werden konnte, hat Frankreich bis auf den heutigen Tag mit satanischer und sadistischer Rücksichtslosigkeit seine Politik auf dieses Ziel eingestellt. Der letzte Akt ist die Note der Reparationskommission. Eine glückliche Wende zur Tat nennt der Intransigent diesen neuesten Gewaltakt unserer Feinde. Er hat recht damit; vom französischen Standpunkt aus. Es liegt ein grausamer Spott in dem Umstande, daß an dem gleichen Tage, an dem von Rom her als Punkte der Tagesordnung für Genua die Herstellung des Vertrauens unter den Völkern bekannt gegeben wurden, von Paris aus das neueste Instrument des Hasses und der Verblendung entraf.

Die Note der Reparationskommission ist die Antwort auf das deutsche Stundungsversuch vom 14. Dezember 1921. Bekanntlich mußte Deutschland bisher in zehntägigen Raten von 31 Milliarden Goldmark zahlen. Die Festsetzung der Gesamtleistung für das Jahr 1922 auf 720 Millionen Goldmark und 1450 Millionen Goldmark in Waren bedeutet gegenüber dem Londoner Ultimatum und der Defensivzahlung eine nicht unerhebliche Entlastung. Gleichwohl sind auch diese Leistungen noch so ungeheuerlich, daß kein vernünftiger Mensch an ihre Erfüllbarkeit denken kann, auch in Frankreich nicht. Dort will man auch gar keine erfüllbaren Forderungen stellen, sondern will auf dem Umweg über unerfüllbare Forderungen an das politische Ziel gelangen. Aus diesem Grunde wird der Deutschland gewährte mäßige Nachlaß an Bedingungen geknüpft, die bewußt und gewollt zerrütend auf das wirtschaftliche und politische Leben wirken sollen. Die Note ist insoweit nicht nur ein neuer Schlag gegen das Leben der deutschen Wirtschaft, sondern ein noch schwererer Schlag gegen die junge deutsche Republik, und es ist mehr als Bismarck, wenn in der Note gesagt wird, daß die Entscheidung der Reparationskommission gefällt werde, um die Aufgaben der deutschen Regierung zu erleichtern.

Wie sieht diese Erleichterung der Lage der deutschen Regierung aus? Sechs große Gruppen von Verpflichtungen werden ihr auferlegt. Nach altem Versailles Rezept stellt sich zunächst einmal die Reparationskommission eine Blankovollmacht für neue Gewaltakte aus, indem sie die Gewährung der Stundung nicht nur widerrechtlich macht, sondern davon abhängig gestaltet, daß die Lösung gewisser zur Zeit schwebender Fragen, die sie im einzelnen gar nicht nennt, zufriedenstellend geschieht. Dadurch wird der Zustand geschaffen, daß sich im gegenwärtigen Augenblick überhaupt gar nicht übersehen läßt, was noch alles für Bedingungen an diese Stundung geknüpft werden. Selbst wenn man aber hoffen dürfte, daß in dieser Beziehung nichts Unmögliches verlangt werden soll, so genügen die anderen Bedingungen vollkommen, um die Unmöglichkeit der an die deutsche Regierung gestellten Forderungen darzutun.

Sechzig Milliarden mehr aus der deutschen Wirtschaft herauszuholen, heißt im gegenwärtigen Augenblick: sie vernichten. Es wäre eine glatte Wahnsinnstat, wenn man, ohne die volkswirtschaftliche Wirkung der jetzt beschlossenen Steuern abzumäßen, versuchen wollte, neben der Zwangsanleihe 80 Milliarden der deutschen Wirtschaft zu entziehen. Wollte man zur

Ausführung dieses Betrages aber den Verbrauch weiter belasten, so würde die Lebenshaltung der breiten Massen des deutschen Volkes in einer so unerträglichen Weise gesteigert werden, daß die deutsche Wirtschaft nicht mehr in der Lage sein könnte, durch erhöhte Löhne und Gehälter ein Gegengewicht zu schaffen und daß die dem Glend dreißigjährigen Massen in ihrer Verzweiflung in dieselbe feilsche Verfassung versetzt werden müßten, die in Rußland den Bolschewismus ausgelöst hat. In gleicher Weise würde eine Verteuerung der Lebenshaltung durch die Anpassung der Verbrauchssteuern an die Verminderung der Kaufkraft der Mark wirken. Die außerordentlich wichtige Frage der Gewährung einer äußeren Anleihe wird in der Note nur gestreift, dagegen wird binnen kürzester Frist die Vorlegung eines Planes über eine innere Anleihe verlangt. Diese Forderung kommt der Absicht der deutschen Regierung entgegen, in diesem Jahre noch durch Zwangsanleihe eine Milliarde Goldmark aufzubringen. Verhängnisvoll jedoch ist die weitere Bestimmung der Note, daß eine Abgabe auf die beweglichen und unbeweglichen Realwerte Deutschlands eingeführt werden muß, wenn es nicht gelingt, eine äußere Anleihe zu erhalten. Hier tritt klar und unverhüllt die Absicht zutage, neben der Verklammerung der deutschen Staatswirtschaft auch eine Verklammerung der deutschen Privatwirtschaft herbeizuführen.

Die übrigen Bedingungen, die in der Note gestellt werden, sind erörterungsfähig. Eine Bekämpfung der Kapitalflucht ins Ausland und eine Rückführung des bisher geflüchteten Kapitals, wie sie verlangt werden, liegt im eigensten Interesse Deutschlands. Natürlich wird diese Forderung nicht im deutschen Interesse, sondern im Interesse der Sicherheit der Zahlungen an unsere Feinde aufgestellt. Derselben Zwecke dienen schließlich die weiteren Bedingungen, die sich auf Autonomie der Reichsbank, auf Auskunftsspflicht der deutschen Regierung in Finanzsachen und auf ein in seinen Einzelheiten noch nicht festgelegtes Kontrollrecht der Entente erstrecken. Daß Bedingungen der letzteren Art schon wegen ihrer nationalen Würdelosigkeit zu verwerfen sind, bedarf keiner näheren Darlegung.

Die Note der Reparationskommission setzt das deutsche Volk einer starken Erschütterung aus, wie die Gewaltakte von Versailles und von London. Die gewährte Stundung ist zeitlich und zahlenmäßig völlig ungenügend, und sie wird an Bedingungen geknüpft, die für ein Volk von Selbstachtung unannehmbar sind und die letzte Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Wiederaufstieg vernichten müßten. Die deutsche Regierung wird in ruhiger und würdiger Form ihre Antwort zu geben haben. Was ohne Verletzung der Lebensinteressen Deutschlands zugestanden werden kann, muß natürlich erfüllt werden, alle anderen Punkte müssen eine vorbehaltlose, ehrliche Ablehnung erfahren. Wie sich die Reichsregierung und die Parteien im Reichstag zu dieser Frage stellen werden, läßt sich zur Zeit im einzelnen noch nicht übersehen. Nur so viel ist klar, daß die nach mühseligen Versuchen einsetzende Konsolidierung unserer innerpolitischen Verhältnisse den schwersten Rückschlägen ausgesetzt ist und daß auch der Bestand der gegenwärtigen Regierung gefährdet bleibt.

### Die rechtswidrige Reparationsnote.

Aus dem Reichstag schreibt man dem Auer Tageblatt: In den Kreisen der Demokratischen Reichstagsfraktion wird eine neue Steuerbelastung in Höhe von 80 Milliarden Papiermark, wie sie die letzte Reparationsnote fordert, für unmöglich angesehen. Selbst wenn es sich technisch ermöglichen ließe, neue Steuern in dieser Höhe zu schaffen, würde die Folge sofort wieder eine entsprechende Erhöhung aller Kosten der Lebenshaltung, also eine Erhöhung der Beamtengehälter, der Löhne der Staatsarbeiter und der sozialen Kosten des Staatsbedarfs bedeuten. Ein weiterer unaufhaltbarer Sturz der deutschen Valuta würde die Folge sein, während bisher die Hoffnung bestand, daß sie allmählich gefunden könne, wenn man das Defizit im Reichshaushalt statt mit unerschwinglichen neuen Steuern mit Hilfe einer internationalen Anleihe besettigen wollte. Man weiß von staatsrechtlich sachverständiger Seite auch darauf hin, daß die neuen Forderungen im Friedensvertrag absolut keine rechtliche Grundlage haben. Mit bürren Worten wird jetzt von uns verlangt, daß, wenn wir nicht binnen einer bestimmten Frist eine internationale Anleihe beschaffen könnten, wir aus den vorhandenen mobilen und immobilien Sachwerten bezahlen sollten. Nach dem Versailles Vertrag haftet dem Auslande aber nur das Reichs- und Staatsvermögen und die Steuern. Die Entente kann nicht verlangen, daß zu ihren Gunsten

fortgesetzt Eingriffe in das Privatvermögen der einzelnen Staatsbürger unternommen werden. In der Mantelnote zum Londoner Ultimatum steht ferner ausdrücklich, daß es der Entente fern liege, sich in den inneren Staat Deutschlands einzumischen. Die jetzige Forderung aber bedeutet nicht nur einen starken Eingriff in unsere Finanzen, sondern im besonderen auch in unsere Kulturausgaben und -aufgaben. Deshalb wird es in den Kreisen der Demokratischen Reichstagsfraktion für ausgeschlossen gehalten, daß diesem rechtlich nicht begründeten Ansinnen stattgegeben wird. Andererseits aber hält man es für zweckmäßig, die Antwort auf die Note nicht zu überstürzen, zumal die Konferenz von Genua unmittelbar bevorsteht.

### Lloyd Georges Genuaprogramm.

Der Reich muß es dem englischen Premierminister lassen, daß er sich nicht leicht unterlegen läßt. Trotz des starken Misserfolges, den er bisher mit der Genua-Konferenz schon vor ihrem Beginn erlitten hat, berüchtigt Lloyd Georges Leitblatt, der Daily Chronicle, einen Artikel seines Sonderberichterstatters in Eireich, wo Lloyd George bekanntlich gegenwärtig zur Erholung Kartoffeln baut, aus dem hervorgeht, daß der englische Premier hofft, in Genua seinen Traum einer allgemeinen Abrüstung und allgemeinen Brüderung in Erfüllung gehen zu sehen, trotzdem die Konferenz bekanntlich nicht das Recht haben wird, sich mit der Abrüstungsfrage zu beschäftigen. Lloyd George als Optimist ist eine ebenso interessante Erscheinung wie seine Gedanken über den Abschluß von Verträgen zwischen allen in Genua vertretenen Nationen, wonach sich diese während einer gewissen Zeitdauer weder gegenseitig angreifen noch sich mit Angriffen drohen dürfen, und über auf dem Wege der Gesetzgebung zu errichtende neutrale Zonen. Diesen Wahnwahn müßte dann die Abrüstung automatisch folgen. Es ist verständlich, daß Lloyd George so zäh am Abrüstungs-gedanken festhält; denn er bietet die einzige Möglichkeit, einen gewissen Ausgleich zu schaffen gegenüber den weltgeschichtlichen Fehlern Englands in Versailles und Sevres, daß es Frankreich so stark werden ließ.

### Deutscher Reichstag.

Es wird zum mindesten einer letzten großen Kraftanstrengung bedürfen, wenn der Reichstag wirklich am heutigen Freitag den ganzen Rest des Steuer-Saufetts noch verabschieden und dann in dritter Lesung die endgültige Erledigung betreiben will. Als man gestern begann, standen auf der Tagesordnung noch 10 unerörterte Entwürfe und in der sechsten Stunde war man gerade soweit gediehen, daß man die erste Abstimmung zur Kohlensteuer vornehmen konnte. Diese betrug bisher bekanntlich 20 Prozent und soll nach dem Vorschlag der Regierung auf 40 Prozent erhöht werden. Dazu teilte der Abg. Böffler (Soz.) in seinem Bericht über die Ausschussverhandlungen mit, daß von jetzt ab die Gemeinden und Länder Steuern auf Erzeugnisse des Kohlenbergbaus nicht mehr legen dürfen. Obgleich die Regierung erklären ließ, daß man die unmittelbaren Folgen der Erhöhung der Steuer nach Möglichkeit zu mildern suchen werde, nahm der deutsche Abg. Leopold kurzerhand den Standpunkt ein, daß die Verdoppelung nicht nötig wäre. Die Regierung mache sich die Sache allzu einfach, wenn sie den Steuerzahler jetzt dekretieren wolle: Du sollst und mußt zahlen! Noch weniger wollte Leopold davon wissen, daß ja auch eine Ententeorderung die Erhöhung erzwingt. Die Steigerung liege im englischen Interesse, uns aber könne, so behauptete der Redner, nichts daran liegen, die englische Arbeitslosigkeit auf Deutschland übertragen zu sehen. Wie wir dann den erst jetzt wieder so nachdrücklich betonten anderen Ententewunsch erfüllen können, Steuern in der vorgeschlagenen Höhe des Kompromisses zu erheben, wußte Leopold auch nicht zu sagen. Im übrigen befand er sich selbstverständlich in Gesellschaft sämtlicher anderen Parteien, wenn ihm die Erhöhung der Steuer unsympathisch war. Von unabhängiger Seite wurde beantragt, die Hausbrandsteuer für Personen bis zu einem Einkommen bis zu 50 000 Mark steuerfrei zu lassen, und gegenüber dem kommunalen Fröhlich stellte der Mehrheitsführer Böffler fest, daß der Kohlenpreis wie der Bergarbeiterlohn auf das vierfache gestiegen seien und daß nicht der Lohn hinter dem Kohlenpreis zurückgeblieben ist. Er Versuche von rechts und links, Wänderungen zu erzwingen, mißlingen; die Abstimmungen ergeben in jedem Falle Ablehnung und der Entwurf wurde schließlich in der vorliegenden Fassung unüberändert angenommen. Zwischenzeitlich hatte es einen ziemlich erregten Zusammenstoß zwischen dem Vizepräsidenten Dietrich